

## Vorwort

1. Gemäß § 6 Absatz 1 des Gesetzes über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 14. August 1963, zuletzt geändert durch Artikel 128 der Verordnung vom 31. Oktober 2006<sup>1)</sup>, legt der Sachverständigenrat sein 45. Jahresgutachten vor<sup>2)</sup>.

2. Die weltweite Finanzkrise hat sich im Jahr 2008 noch einmal gravierend verschärft. Für kurze Zeit drohte ein Zusammenbruch des globalen Finanzsystems, der nicht absehbare realwirtschaftliche Folgen gehabt hätte. Die Politik hat durch ihr entschlossenes Eingreifen eine solche Entwicklung verhindern können. Gleichwohl hinterlassen die Turbulenzen auf den Finanzmärkten deutliche Bremsspuren in der Realwirtschaft.

Die Schockwellen der Krise trafen die deutsche Wirtschaft in einer Phase der zyklischen Abkühlung. Im Laufe des Jahres trübten sich die Konjunkturperspektiven stark ein. Nur wegen eines überraschend kräftigen ersten Quartals nahm das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2008 noch um 1,7 vH zu. Bei zeitweise negativen Veränderungsraten im Verlauf gleitet die deutsche Volkswirtschaft in eine Rezession ab. Im Jahresdurchschnitt 2009 wird die wirtschaftliche Leistung stagnieren. Die Unsicherheiten der Prognose sind in diesem Jahr sehr hoch, wobei die Abwärtsrisiken überwiegen.

Mit einer merklichen Belebung der deutschen Konjunktur ist nicht zu rechnen. Die direkten realwirtschaftlichen Auswirkungen der Finanzkrise auf die deutsche Volkswirtschaft halten sich zwar bislang in Grenzen, die indirekten Folgen sind dafür umso markanter. Deutschlands wichtigste Handelspartner sind von den weltweiten rezessiven Entwicklungen besonders stark betroffen. Als direkte Konsequenz von Finanzkrise und kollabierenden Immobilienmärkten kommt es dort zu ausgeprägten konjunkturellen Schwächephasen, die zu einem deutlichen und nach Lage der Dinge länger anhaltenden Rückgang der für die exportorientierte deutsche Volkswirtschaft wichtigen Auslandsnachfrage führen.

3. Der Sachverständigenrat hat seinem Jahresgutachten 2008/09 den Titel vorangestellt:

### **Die Finanzkrise meistern – Wachstumskräfte stärken**

Dieser Titel soll auf die sich aktuell stellende schwierige Doppelaufgabe hinweisen: Die nachhaltige Stabilisierung der Finanzmärkte einerseits und eine rasche Überwindung der kräftigen Eintrübung der deutschen Konjunktur andererseits. Allerdings dürfen diese Herausforderungen nicht als Alibi dienen, in den Bemühungen nachzulassen, die Verzerrungen im Steuersystem abzubauen, die Sockelarbeitslosigkeit weiter zu senken und die Nachhaltigkeit der Sozialversicherungen zu gewährleisten.

---

<sup>1)</sup> Dieses Gesetz und ein Auszug des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 sind als Anhang I und II angefügt. Wichtige Bestimmungen des Sachverständigenratsgesetzes sind im jeweiligen Vorwort der Jahresgutachten 1964/65 bis 1967/68 erläutert.

4. Die Amtsperiode von Professor Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz, Mannheim, war am 29. Februar 2008 abgelaufen. Der Bundespräsident berief ihn für eine weitere Amtsperiode zum Mitglied des Sachverständigenrates.
5. Herr Dr. Stephan Kohns beendete zum 30. September 2008 seine engagierte und erfolgreiche Tätigkeit als Generalsekretär des Sachverständigenrates. Zum 1. Oktober übernahm Herr Dr. Ulrich Klüh die Position des Generalsekretärs.
6. Der Sachverständigenrat hatte Gelegenheit, mit der Bundeskanzlerin, dem Bundesminister der Finanzen, dem Bundesminister für Wirtschaft und Technologie und dem Bundesminister für Arbeit und Soziales gegenwärtige wirtschafts- und finanzpolitische Fragen zu erörtern.
7. Ausführliche Gespräche über aktuelle arbeitsmarktpolitische Themen führte der Sachverständigenrat mit dem Vorstandsvorsitzenden und leitenden Mitarbeitern der Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg, sowie mit dem Direktor und dem Stellvertretenden Direktor des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg. Zudem haben die Bundesagentur für Arbeit und das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung dem Sachverständigenrat in diesem Jahr zu vielfältigen arbeitsmarktpolitischen Fragestellungen umfassendes Informations- und Datenmaterial zur Verfügung gestellt.
8. Von der Deutschen Bundesbank standen Mitarbeiter aus den verschiedenen Bereichen dem Sachverständigenrat für Diskussionen und Gespräche zu den Problemen der Geldpolitik und der Finanzmärkte zur Verfügung.
9. Wie in den vergangenen Jahren konnte der Sachverständigenrat mit dem Präsidenten und leitenden Mitarbeitern des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) wirtschafts- und beschäftigungspolitische Fragestellungen erörtern. Grundlage für dieses Gespräch waren die neuesten Ergebnisse der Herbstumfrage des DIHK, die dessen Kammern bei mehr als 25 000 Unternehmen durchgeführt haben. Der Sachverständigenrat weiß es zu schätzen, dass die Kammern und ihre Mitglieder nicht unerhebliche zeitliche und finanzielle Belastungen auf sich nehmen, die mit dieser regelmäßigen Umfrage verbunden sind.
10. Mit Vertretern der „Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose“ aus den beteiligten wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstituten fand ein Gespräch über die Lage der deutschen Wirtschaft sowie über die nationalen und weltwirtschaftlichen Perspektiven statt.
11. Professor Dr. Franz Ruland, München, hat für den Sachverständigenrat in einer umfassenden Expertise die verfassungsrechtlichen Probleme einer Vereinheitlichung der Rentenfestsetzung und Rentenanpassung in Deutschland diskutiert und damit zur Meinungsbildung im Sachverständigenrat beigetragen.
12. Dr. Christina Benita Wilke vom Mannheim Research Institute for the Economics of Aging (MEA), Mannheim, und Diplom-Volkswirtin Anabell Kohlmeier vom Fachgebiet Finanz- und

Wirtschaftspolitik der Technischen Universität Darmstadt unterstützten den Sachverständigenrat mit Untersuchungen zur Vereinheitlichung der Rentenberechnung in Deutschland.

**13.** Mit dem Präsidenten und leitenden Mitarbeitern der Deutschen Rentenversicherung Bund, Berlin, konnte der Sachverständigenrat ausführliche Gespräche über aktuelle rentenpolitische Entwicklungen und Fragestellungen führen. Zudem wurden wie in den Vorjahren umfassende Daten zur Verfügung gestellt.

**14.** Leitende Mitarbeiter des Bundesministeriums für Gesundheit sowie des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales unterstützten den Sachverständigenrat mit detaillierten Informationen und Berechnungen zu gesundheitspolitischen, renten- und arbeitsmarktpolitischen Themen.

**15.** Professor Dr. Reinhold Schnabel von der Universität Duisburg-Essen unterstützte den Sachverständigenrat mit Berechnungen zu den Wirkungen der Einführung einer Bürgerpauschale.

**16.** Zur Einschätzung der Krisen auf den Immobilienmärkten in den Vereinigten Staaten und in wichtigen europäischen Ländern hat Herr Diplom-Volkswirt Theodor Schonebeck, Kronberg, für den Sachverständigenrat hilfreiche Analysen erarbeitet. Dafür dankt der Rat ihm ganz besonders.

**17.** Zu den Entwicklungen auf den Rohstoffmärkten wurde mit Dr. Dora Borbély, Frankfurt, und Maik Daniel Müller, München, ein informativer Erfahrungsaustausch geführt.

**18.** Umfangreiches Datenmaterial für die Analysen über wichtige Industrieländer und für die geld- und währungspolitischen Ausführungen stellten die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Internationale Währungsfonds, die Europäische Zentralbank, die Deutsche Bundesbank und die Europäische Kommission zur Verfügung.

**19.** Diplom-Volkswirt Sven Jung, Bielefeld, hat den Sachverständigenrat im Rahmen eines Praktikums mit Ausarbeitungen zu verschiedenen wirtschaftspolitischen Fragestellungen unterstützt.

**20.** Die Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt war auch in diesem Jahr wieder ausgezeichnet. Viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Amtes haben sich weit über das normale Maß hinausgehend für die Aufgaben des Rates eingesetzt. Ein ganz besonderer Dank gilt hierbei den Mitarbeitern der Verbindungsstelle zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Sachverständigenrat. Der Geschäftsführer, Leitender Regierungsdirektor Wolfgang Glöckler, und seine Stellvertreterin, Regierungsdirektorin Birgit Hein, sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Anita Demir, Christoph Hesse, Klaus-Peter Klein, Uwe Krüger, Sabrina Mäncher, Volker Schmitt, Hans-Jürgen Schwab und Beate Zanni haben die Arbeiten an diesem Jahresgutachten mit außergewöhnlichem Engagement unterstützt.

**21.** Ohne die außerordentlich engagierte Arbeit seiner wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hätte der Sachverständigenrat dieses Gutachten nicht erstellen können. Dem Stab des Rates gehörten während der Arbeiten an diesem Gutachten an:

Diplom-Volkswirtin und Diplom-Wirtschaftssinologin Ulrike Bechmann, Dr. Oliver Bode, Alexander Herzog-Stein, Ph.D., Dr. Wolfgang Kornprobst, Diplom-Volkswirt und Diplom-Physiker Bernhard Pachl, Dr. Jörg Rahn, Diplom-Volkswirtin und Diplom-Kauffrau Anna Rosinus, Dr. Peter Schwarz, Dr. Christoph Swonke und Dr. Michael Tröger.

**22.** Ein besonderes Maß an Verantwortung für die Arbeit des wissenschaftlichen Stabes hatten die Generalsekretäre Dr. Stephan Kohns und Dr. Ulrich Klüh zu tragen. Der Sachverständigenrat weiss, dass es ohne die fachlichen Beiträge und ohne das organisatorische Talent der Generalsekretäre nicht möglich gewesen wäre, das vorliegende Jahresgutachten vorzulegen. Ihnen gilt unser ganz besonderer Dank.

Fehler und Mängel, die das Gutachten enthält, gehen indessen allein zulasten der Unterzeichner.

Wiesbaden, 6. November 2008

Peter Bofinger

Wolfgang Franz

Bert Rürup

Beatrice Weder di Mauro

Wolfgang Wiegard